

II- 2550 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 7. Mai 1969

No. 1250/3

A n f r a g e

der Abgeordneten DDr. Pittermann, Frühbauer, Sekanina  
und Genossen

an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend den vertragslosen Zustand mit den Zahnbehandlern  
im Bereich der Beamtenkrankenversicherung.

In Beantwortung einer in der Nationalratssitzung vom 27. März 1969  
eingebrachten dringlichen Anfrage haben Sie für den Abschluss  
eines neuen Vertrages zwischen den Zahnbehandlern und den  
Krankenversicherungsträgern für die Beamten ( Versicherungs=  
anstalt öffentlich Bediensteter und Krankenkasse des  
österreichischen Eisenbahnpersonals ) eine Frist von 4 Wochen  
gesetzt. Bei ergebnislosem Ablauf dieser Frist versprochen Sie  
dem Hohen Haus, gesetzliche Massnahmen im Sinne der seiner=  
zeitigen Anfrage vorzuschlagen, also vor allem durch eine  
Novelle zum ASVG, mit der die Errichtung von Zahnambulatorien  
für die Krankenversicherungsträger erleichtert werden sollte.

Seither haben wiederholte Verhandlungen zwischen den ehemaligen  
Vertragspartnern stattgefunden, ohne dass es zu einer Einigung  
gekommen wäre. Dabei haben die Krankenversicherungsträger  
etappenweise Erhöhungen der Honorare in Aussicht gestellt, die  
eine ausgeglichene Haushaltsgebarung dieser Institute gefährden  
könnten. Trotzdem wurde dieses Anbot von den Vertretern der  
Zahnbehandler nicht akzeptiert. Es muss daher damit gerechnet  
werden, dass ab 12. Mai d.J. der vertragslose Zustand für die

-2-

Zahnbehandlung der in den oben erwähnten Instituten versicherten Dienstnehmer und ihren Familien eintritt. Es handelt sich dabei um rund 920.000 Betroffene. In der erwähnten dringlichen Anfrage vom 27. März 1969 wurde von den Antragstellern auf die gesundheitsschädlichen Folgen dieses Zustandes aufmerksam gemacht. Sie erwarten daher, dass das Bundesministerium für soziale Verwaltung alles unternimmt, um diesen Gesundheitsnotstand für die Betroffenen abzuwehren und richten daher an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung die nachfolgende

A n f r a g e :

Wann wird die Frau Bundesminister die in ihrer Anfragebeantwortung vom 27. März 1969 angekündigten Regierungsvorlagen zur Sicherung der Zahnbehandlung für die öffentlich Bediensteten und ihre Familienangehörigen dem Hohen Haus vorlegen?